Stadt Bruchköbel
DER MAGISTRAT

Thomas Demuth
Stadtverordnetenvorsteher

Bruchköbel, 25.11.2014

Niederschrift

Gremium	Stadtverordnetenversammlung
Sitzungsnummer	8/2014
Datum	Dienstag, den 18. November 2014
Sitzungsbeginn	20:00 Uhr
Sitzungsende	22:14 Uhr
Ort	Stadtverordnetensitzungssaal, Hauptstraße 32, 63486 Bruchköbel

Teilnehmer:

Stadtverordnetenversammlung
Herr Thomas Demuth
Herr Patrick Baier
Herr Dietmar Beilner
Frau Sylvia Braun
Herr Klaus-Dieter Broschowsky
Frau Patricia Bürgstein
Herr Achim Dietenhöfer
Frau Karola Dziony
Frau Elke Förster-Helm
Herr Benedikt Herget
Herr Oliver Hirt
Herr Harald Hormel
Herr Alexander Kitzmann
Frau Gisela Klein
Frau Katja Lauterbach
Herr Peter Ließmann
Herr Klaus Linek
Frau Dana Pastor
Herr Hans-Jürgen Poth
Herr Tim Protzmann
Herr Alexander Rabold
Herr Joachim Rechholz
Herr Guido Rötzler
Herr Andreas Schafranka
Frau Carina Seewald
Herr Thomas Sliwka
Frau Viola Weigl-Franz
Herr Winfried Weiß
Herr Harald Wenzel
Herr Dr. Volker Wingefeld
Herr Christoph Zugenbühler

Magistrat
Herr Günter Maibach
Frau Ingrid Cammerzell
Herr Edwin Jessl

Herr Manfred Lüer
Herr Josef Pastor
Herr H. Michael Roth
Herr Volker Schadeberg
Herr Jürgen Schäfer

Schriftführer

Herr Dr. Achim Wächtler

entschuldigt

Herr Niels-Malte Bürgstein
Herr Dirk Friebe
Herr Johannes Kortenhoeven
Herr Jörg Pohl
Herr Michael Schreier
Frau Rosemarie Wenzel

Tagesordnung

TOP	DS-Nr.	Titel
1		Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 04.11.2014
2		Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
3		Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
4		Berichte aus den Ausschüssen
5		Fragen zu aktuellen Themen
6	229/2014	Antrag SPD-Fraktion: Schnelles Internet für alle Bruchköbeler Bürgerinnen und Bürger
7	233/2014	Antrag BBB-Fraktion Gartenmüllabfuhr erst Ende November
8	203/2014	Stellenpläne der Verwaltung für 2015 und 2016
9	228/2014	Haushaltssatzung für die Jahre 2015 und 2016 (Doppelhaushalt)
10	226/2014	Benutzungssatzung für die Kindertagesstätten und Kinderhorte der Stadt Bruchköbel
11	227/2014	Gebührensatzung zur Satzung über die Kindertagesstätten und Kinderhorte der Stadt Bruchköbel
12	223/2014	Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe im Haushaltsjahr 2014 für die Entwicklung, Planungs- und Projektleitungskosten zur Innenstadtentwicklung
13	170/2014	Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2013 der Sozialen Dienste der Stadt Bruchköbel
14	171/2014	Vergabe der Jahresprüfung 2014 für die Sozialen Dienste der Stadt Bruchköbel
15	173/2014	Wirtschaftsplan 2015 der Sozialen Dienste
16	241/2014	Interfraktioneller Antrag: Bauleitplanung für Butterstadt 1 Bebauungsplan „Stößt auf die kurze Gewann“ – Aufstellungsbeschluss und frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung
17	242/2014	Interfraktioneller Antrag: Bauleitplanung für Butterstadt 2 Bebauungsplan „Ortskern Butterstadt“ – Aufstellungsbeschluss für frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung

TOP	DS-Nr.	Titel
18	237/2014	Breitbandausbau Gewerbegebiete Bruchköbel

Protokoll, öffentliche Sitzung

Der Stadtverordnetenvorsteher begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie mit 30 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßt insbesondere den Landrat des Main-Kinzig-Kreises, Herrn Erich Pipa. Hinsichtlich der Tagesordnung ergeben sich keine Wortmeldungen.
Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet, dass Herr Pipa zu TOP 18 sprechen wolle, dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Weiter schlägt er vor, TOP 18 nach TOP 3 vorzuziehen, auch dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Der Stadtverordnete Ließmann regt an, den inhaltsverwandten TOP 6 ebenfalls mit TOP 18 aufzurufen, ebenfalls ohne Widerspruch, so dass insgesamt so verfahren werden kann.

1		Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 04.11.2014

Der Stadtverordnetenvorsteher weist auf ein ausliegendes Austauschblatt zur Niederschrift der Stadtverordnetenversammlung vom 04.11.2014 hin.

2		Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher

Der Stadtverordnetenvorsteher weist auf den ausliegenden Doppelhaushaltsentwurf 2015/2016, den Beteiligungsbericht der Stadtmarketing GmbH und den Terminplan 2015 für die städtischen Gremien hin.

Der Stadtverordnete Ließmann fragt nach dem Bearbeitungsstand der Drucksache DS 283/2012, Aufstellung Leerstand und Baulückenkataster. Der Stadtverordnetenvorsteher bekundet, dass dieser seiner Kenntnis nach noch im Ausschuss verhandelt werde. Der Stadtverordnete Ließmann meint, dass dies genauer bekannt sein sollte und müsste. Der Stadtverordnetenvorsteher bekundet, dass die Ausschussvorsitzenden für die dortige Verhandlungsführung verantwortlich sind.

3		Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten

Der Bürgermeister berichtet, dass die Stadtbibliothek für ihr breit angelegtes Leseförderkonzept mit dem Hessischen Leseförderpreis 2014 ausgezeichnet worden sei.

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft die TOPe 18 und 6 gemeinsam auf.

18	237/2014	Breitbandausbau Gewerbegebiete Bruchköbel
6	229/2014	Antrag SPD-Fraktion: Schnelles Internet für alle Bruchköbeler Bürgerinnen und Bürger

Der Bürgermeister spricht im Sinne der Vorlage DS 237/2014. Landrat des Main-Kinzig-Kreises spricht ebenfalls im Sinne dieser Vorlage. Er regt an, durch eine Bürgerinformationsveranstaltung im Jahre 2015 die neue Breitbandqualität der Bevölkerung noch besser zur Kenntnis zu bringen.
Der Stadtverordnete Ließmann spricht im Sinne der DS 229/2014 und erklärt diese für erledigt. Er bittet, folgenden Passus an die DS 237/2014 anzuhängen:

„Der Magistrat wird aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung in einem Vierteljahresrhythmus über den aktuellen Sachstand zu berichten."

Abstimmung DS 237/2014 mit Ergänzung: einstimmig beschlossen

Beschluss:
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die Stadt Bruchköbel den Breitbandausbau in den Gewerbegebieten „Im Lohfeld" und „Galgengarten" mit einem investiven Zuschuss in Höhe von 140.000,- € unterstützt und dieser der Breitband GmbH zur Verfügung gestellt wird. Entsprechend ausreichende Mittel stehen auf dem Finanzierungskonto des Baulandentwicklers für die Entwicklung und Erschließung für das Gewerbegebiet „Im Lohfeld" zur Verfügung. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Zahlung und Entnahme aus dem Finananzierungs-konto ausdrücklich zu. Der Magistrat wird ermächtigt die Freigabe gegen zu zeichnen (§ 1 Absatz 3 des Vertrages zur städtebaulichen Entwicklung und Erschließung für das Gewerbegebiet „Im Lohfeld", Stadt Bruchköbel vom 11.04.2008).
Der Magistrat wird aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung in einem Vierteljahresrhythmus über den aktuellen Sachstand zu berichten.

4		Berichte aus den Ausschüssen

Der Stadtverordnete Rötzler berichtet von den Verhandlungen und Ergebnissen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Kultur und Soziales am 11.11.2014.

Der Stadtverordnete Linek berichtet von den Verhandlungen und Ergebnissen des Ausschusses für Bau, Umwelt und Verkehr am 11.11.2014.

5		Fragen zu aktuellen Themen

Die CDU-Fraktion hat keine Anfragen.

Für die SPD-Fraktion fragt der Stadtverordnete Herget:
1. Der Magistrat wurde beauftragt (DS-22/2014), für die Nutzung des Artriums eine Gebührensatzung zu erstellen, in der die Aussteller angemessen an den Kosten des Artriums (Strom, Wasser, Reinigung) beteiligt werden sollen.
2. Der Magistrat wurde beauftragt (DS-26/2014) unverzüglich Gespräche mit den Sportvereinen aufzunehmen, um diese in Zukunft logistisch und/oder finanziell am Unterhalt der vorhandenen Sportstätten verstärkt eingebunden werden können. Gleichzeitig wurde der Magistrat beauftragt, solche Gespräche auch mit Vereinen, die die Bürgerhäuser und Mehrzweckhallen nutzen ebensolche Gespräche zu führen.
3. Der Magistrat wurde (DS-260/2013) im Rahmen des Konsolidierungsprogrammes beauftragt, einvernehmlich mit den Stadtteilfeuerwehren Einsparpotentiale im Bereich der freiwilligen Feuerwehr zu ermitteln. Es wird gebeten, über den aktuellen Stand der Maßnahmen zu berichten.

Zu Ziff. 1 bekundet der Bürgermeister, dass die angemessenen Gebühren in der Benutzungs- und Entgeltsatzung eingearbeitet worden sind. Voraussetzung sei allerdings die vorherige schriftliche Genehmigung durch den Vermieter, die noch eingeholt werden muss. Die Satzung liegt noch im Ausschuss. Die monatlichen Kosten für das Artrium betragen EURO 915,67 Strom, Wasser und Reinigung.

Sämtliche Bruchköbeler Vereine, die städtische Einrichtungen nutzen –Ziffer 2 der Anfrage– wurden eingeladen, um Einsparmöglichkeiten zu diskutieren. Die mitgeteilten bzw. erarbeiteten Einsparpotentiale wurden von den Fachabteilungen geprüft und ein ums andere mal abgelehnt. Der finanzielle Aufwand stehe in keinem Verhältnis zum Einsparpotential. Die Ergebnisse sollten mit den Fraktionsvorsitzenden erörtert werden, diese Gespräche kamen nicht zustande.

Hinsichtlich Ziff. 3 berichtet der Bürgermeister, dass Einsparpotential durch gemeinsame Beschaffung notwendiger Feuerwehrausstattung und Fahrzeuge gemäß Feuerwehrorganisationsverordnung in Verbindung mit dem Bedarfs- und Entwicklungsplan schon genutzt werde. Der Bedarfs- und Entwicklungsplan werde derzeit fortgeschrieben.

Für die GRÜNE-Fraktion fragt die Stadtverordnete Bürgstein:
Ist die HAGON beauftragt worden das 1000 Bäumeprogramm zum Artenschutz im Bruchköbeler Wald fortzuschreiben?

Der Bürgermeister bekundet, dass noch immer keine vollständige Auftragsklarheit herrsche. Die HAGON bestehe auf einem offiziellen Sitzungsprotokoll zur Auftragsvergabe, aber es bestehe ein reger telefonischer Kontakt mit dem Unternehmen. Hessen Forst bewirtschafte die in Rede stehenden Flächen schon nicht mehr. Die HAGON werde noch einen Umsetzungsplan einreichen. Derzeit sei der Beschluss also noch nicht mit Leben gefüllt, alle Beteiligten arbeiten aber daran. Im Zusammenhang berichtet er, dass tagesaktuell eine Ersatzpflanzung für die 11 in der Haagstraße gefällten Ulmen stattgefunden habe.

Für die BBB-Fraktion fragt der Stadtverordnete Hormel:
Wir fragen ob die Jahresabschlüsse der Haushalte 2010, 2011 und 2012 der Stadt Bruchköbel mittlerweile vollständig fertig gestellt und dem Rechnungsprüfungsamt des Main-Kinzig-Kreises zur Prüfung vorgelegt worden sind.

Der Stadtverordnete Kitzmann betritt um 20:46 Uhr den Sitzungssaal, damit sind 31 Stadtverordnete anwesend.

Der Bürgermeister bekundet, dass die Abschlüsse derzeit fertig gestellt werden. Es sei derzeit geplant, die fertigen Abschlüsse mit Beschlussfassung zum Haushalt durch den Magistrat zu bringen. Die Erlasslage für die Haushaltsgenehmigung schreibe diesbezüglich auch nur die Feststellung durch den Magistrat vor, nicht aber bereits durch das Rechnungsprüfungsamt geprüfte Jahresabschlüsse.

Für die FDP-Fraktion fragt die Stadtverordnete Braun:
1. Gibt es einen Entwurf zu einem Sicherheitskonzept für Feste (Weihnachtsmarkt, Altstadtfest etc.) in Bruchköbel, auch resultierend aus bereits geführten Gesprächen aufgrund des vom Parlament am 19.02.2013 beschlossenen "Runden Tisches" zu diesem Thema?

2. Wie ist der aktuelle Stand der Planungen zu dem am 18.06.2013 vom Parlament beschlossenen betrieblichen Vorschlagswesens? Wie sieht das Prämienmodell des Magistrates aus und sind Vorschläge der Mitarbeiter auf diesem Weg in den aktuellen Haushaltsentwurf eingeflossen?

Hinsichtlich Ziff. 1 bekundet der Bürgermeister, dass ein Sicherheitskonzept für den Weihnachtsmarkt erarbeitet wurde. Der entsprechende Entwurf sei heute Abend den Fraktionsvorsitzenden überreicht worden. Entsprechende Gespräche auch für das Altstadtfest und das Hof- und Gassenfest seien geplant, evtl. auch für andere Veranstaltungen.

Zur Ziff. 2 bekundet er, dass sich verwaltungsintern verständigt wurde, die Bearbeitung zurückzustellen. Im Zuge der Innenstadtentwicklung und Überlegungen zu etwaigen neuen Räumlichkeiten und deren tatsächlicher Fläche soll erst eine Organisationsuntersuchung und eine Personalbedarfsanalyse durch ein externes Unternehmen durchgeführt werden.

7	233/2014	Antrag BBB-Fraktion Gartenmüllabfuhr erst Ende November

Die Stadtverordnete Seewald spricht im Sinne des Antrags. Der Bürgermeister bekundet, dass eine Verschiebung zwar grundsätzlich möglich sei, jedoch sämtliche Vorbereitungsarbeiten für das Jahr 2015 bereits abgeschlossen seien, also insbesondere die Koordinierung mit dem exter-

nen Entsorgungsunternehmen. Eine Umstellung sei ab 2016 möglich. Den Vortrag des Bürgermeisters und insbesondere den Zeitpunkt der Umstellung macht sich die Antragstellerin zu eigen.

Abstimmung mit der Maßgabe, ab 2016 so zu verfahren: einstimmig bei einer Enthaltung (Hr. Hirt) beschlossen

Beschluss:
Die Abfuhr der Gartenabfälle wird ab dem Jahr 2016 Ende November durchgeführt.

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft die TOP 8 und 9 gemeinsam auf.

8	203/2014	Stellenpläne der Verwaltung für 2015 und 2016
9	228/2014	Haushaltssatzung für die Jahre 2015 und 2016 (Doppelhaushalt)

Der Bürgermeister hält die Haushaltsrede. Die Stadtverordnete Lauterbach stellt den Antrag zur Verweisung beider Sachen in den Haupt- und Finanzausschuss. Es erhebt sich Gegenrede. Der Bürgermeister spricht im Sinne der Verweisung, insbesondere sei bislang keine fraktionsübergreifende Lösung erarbeitet worden. Soweit keine Einsparmöglichkeiten aufgezeigt würden, müsse zwangsläufig auch den Haushaltsauflagen des Kreises und mittlerweile noch vielmehr den Vorgaben des Landes durch den sog. Herbsterlass Rechnung getragen werden und also zwangsläufig Steuern erhöht werden.

Abstimmung zur Verweisung der DS 203/2014 und DS 228/2014: bei 14 Ja-Stimmen (CDU, FDP) und 17 Nein-Stimmen (SPD, BBB, GRÜNE) abgelehnt

Die Stadtverordnete Braun bedauert, dass gute Ansätze einzelner Haushaltsbeschlüsse für das Jahr 2014 gar nicht bzw. nur unzureichend umgesetzt worden seien. Der Stellenplan sei seitdem nicht ernsthaft angegangen worden, auch die Stellenbesetzungssperre sei nicht ernsthaft durchgeführt worden. Nunmehr noch mehr Stellen bei Steuererhöhungen vorzuschlagen sei nicht der richtige Weg. Sie räumt ein, dass auch Fraktionen hinsichtlich der Gesamtmisere in gewisser Weise ratlos seien, gleichwohl wäre es gut gewesen, die Ideen aus dem Februar 2014 auch ernsthaft gemeinsam anzugehen, wie es vom Bürgermeister in Aussicht gestellt wurde. Zum Beispiel sei noch kein einziges Ergebnis der Gespräche mit Bruchköbeler Vereinen mitgeteilt worden, wenn sie denn stattgefunden haben. Die fehlende Kommunikation sei symptomatisch für den Umgang des Bürgermeisters mit diesen Ideen. Die sog. Interfraktionelle Runde habe sich aber zunächst praktisch ausschließlich mit Haushaltsfragen auseinandergesetzt und die erst kürzlich vorgeschlagenen Termine seien viel zu spät angesetzt gewesen, denn der Haushalt habe schließlich schon im Entwurf existiert. Sie stellt keine Zustimmung zu diesem Entwurf in Aussicht. Vielmehr sei eine Neustrukturierung des Haushalts dringend notwendig und ganz rasch geboten, ohne dass irgendwem hierfür der „Schwarze Peter" zugeschoben werde. Die Stadtverordnete Bürgstein bekundet, dass die Vorgaben der Beschlussfassungen zum Haushalt 2014 überhaupt nicht umgesetzt worden seien und bezieht sich u.a. auf das noch nicht umgesetzte 1000-Bäume-Programm; Insgesamt habe es im Nachgang zum Haushaltsbeschluss 2014 entgegen den Vereinbarungen gerade keine strukturellen Veränderungen gegeben, geschweige denn seien ernsthafte Gespräche diesbezüglich anberaumt worden. Das Angebot der Fraktionen mit Beschlussfassung des Haushaltes 2014, auch schmerzhafte Schritte für kommende Haushalte gemeinsam gehen zu wollen, wenn nur früh genug darüber beraten werde, sei durch den vorgelegten Haushalt konterkariert worden. Ausschließlich Steuern und Gebühren zu erhöhen sei keine verantwortliche Herangehensweise. Sie lehnt den hier vorgelegten Doppelhaushalt ab, da die Personalkosten, die Grundsteuer „B", die Kita-Gebühren und der Ansatzes für den ÖPNV steigen und ihrer Auffassung nach die Ansätze für die Innenstadtentwicklung aufgrund bereits vorliegender Daten viel zu hoch angesetzt seien. Sie fordert auch im Sinne anderer Fraktionen den Magistrat auf, einen Haushalt ausschließlich für das Jahr 2015 neu vorzulegen, und hierfür bereits im Vorhinein um Mehrheiten zu ringen. Sie kündigt für ihre Fraktion eine entsprechende Mitwirkung an. Die Stadtverordnete Lauterbach bekundet, dass sie zum Teil die Auffassungen und Konsequenzen der anderen Fraktionen nachvollziehen könne. Gleichwohl werde wohl nun die komplet-

te Haushaltsaufstellung auf Null zurückgesetzt mit der Gefahr, dass viele Projekte auf die lange Bank geschoben werden müssten. Der Stadtverordnete Hormel kritisiert, dass viele angesetzte Zahlen aufgrund ihrer seltsamen Passgenauigkeit konstruiert wirken: Er bezieht sich insbesondere auf die, seiner Auffassung nach zu passgenau, von 2017 auf 2018 um eine halbe Million Euro sinkenden Abschreibungen, ohne dass hierfür Ursachen ersichtlich wären. Entgegen den ursprünglich schon im März/April 2014 begonnenen strukturellen Haushaltsgesprächen, seien weitere Gespräche erst zu einem Zeitpunkt offeriert worden, als der Haushalt 2015 in der Verwaltung erfahrungsgemäß bereits detailliert in Arbeit oder gar fertig gestellt gewesen sei und so kein Raum für strukturelle Maßnahmen mehr vorhanden gewesen sei. Vielmehr zeige sich diese Arbeitsweise auch in anderen Dingen. So sei die neue Kita-Gebührensatzung seit langem angekündigt gewesen und werde nunmehr in hohem Tempo durch die Gremien getrieben. Dabei sei bislang eine angemessene Elternbeteiligung vollkommen auf der Strecke geblieben. Alle, und er stellt dies für die BBB-Fraktion in Aussicht, müssten sich in dieser speziellen Sache die Zeit nehmen, die es brauche um die Elternbeteiligung behutsam weiterzubringen. Andererseits bestehe das Konsolidierungskonzept ausschließlich aus der Erhöhung von einerseits der Grundsteuer „B" und der Kita-Gebühren andererseits. Das sei weder sorgfältig erarbeitet, noch lasse es Esprit in der Beschäftigung mit der Sache erkennen. Er bezieht sich auf weitere Detailzahlen und deren Projizierung für zukünftige Haushalte. Die Fraktionen hätten in den Interfraktionellen Runden vom März/April d.J. durchaus mit Gewinn Strukturveränderungen debattiert, jedoch habe sich der Bürgermeister nicht hierauf eingelassen. Der Bürgermeister wendet sich gegen Einzelaspekte, insbesondere habe es beispielsweise vier Gesprächsrunden mit Vereinen gegeben, deren mannigfaltige Ergebnisse geordnet werden müssten. Die Interfraktionelle Runde sei im August eingeladen gewesen, niemand sei erschienen. Insgesamt gehe es der Stadt Bruchköbel mit dem nunmehr vorgelegten rechnerischen Defizit im Vergleich mit anderen Kommunen dieser Größenordnung noch gut. Hinsichtlich des Stellenplans bzw. der Personalkosten bekundet er, dass allein wegen anzunehmender Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst pro Jahr EURO 300.000,- mehr einzustellen seien. Die Kita-Gebührensatzung sei am 01.10.2014 einstimmig durch die Kommission für Familien, Kinder, Jugend und Senioren beschlossen worden. Zu diesem Zeitpunkt habe es den neuen Gesamtelternbeirat noch nicht gegeben. Dieser sei im Gespräch am 14.10.2014 informiert worden, insofern verstehe er die diesbezügliche Kritik nicht. Außerdem sollten die Stadtverordneten bedenken, dass bei einer Ablehnung des Haushalts auch sämtliche Projekte steckenbleiben würden, so insbesondere die Innenstadtentwicklung. Mit einer Ablehnung werde Zeit vergeudet. Der Stadtverordnete Rabold bekundet hierzu, dass die Innenstadtentwicklung wichtig sei und insoweit eine Abwicklung außerhalb des Haushalts in Betracht komme, wie für andere Entwicklungsprojekte der Stadt auch. Er stellt eine diesbezügliche Beschlussfassung in Aussicht. Auch im Übrigen werde keine Zeit vergeudet, vielmehr sei es besser jetzt zu handeln, als im Februar 2015 ohne Mehrheiten dazustehen. Der Bürgermeister selbst habe Zeit vergeudet, in dem er monatelang den Gesprächsfaden nicht gehalten habe, als er in Aussicht gestellte Termine nicht eingehalten habe. Der Wille der jetzt ablehnenden Fraktionen zu einer maßgeblichen Mitarbeit bei einem strukturellen Neuanfang sei da. Der Bürgermeister fragt, welche die sog. strukturellen Probleme konkret seien, denn diese würden nur beschworen aber nicht benannt. Er fordert die Fraktionen auf, konkrete Themen zu benennen. Der Haushalt liege als Entwurf vor und sei veränderbar. Ein noch nicht umgesetztes 1000-Bäume-Programm sei keine ernsthafte Begründung für die Ablehnung eines Haushaltes, sondern -adressiert an die Stadtverordnete Bürgstein- kleinkariert und verantwortungslos. Die Stadtverordnete Bürgstein stellt fest, sie sei nicht kleinkariert und verantwortungslos. Der Stadtverordnete Rabold meint, dass die Äußerung des Bürgermeisters bezüglich Frau Bürgstein exemplarisch zeige, dass keine ernsthafte Lösungsbereitschaft von Seiten des Bürgermeisters vorhanden sei. Er umreißt seine Auffassung von Strukturproblemen. Darüber hinaus sei der Bürgermeister für Lösungsvorschläge zuständig und nicht die Stadtverordnetenversammlung. Der Stadtverordnete Sliwka spricht im Sinne des Bürgermeisters, er fragt konkret, ob beispielsweise der Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Oberissigheim abgesagt werden solle, obwohl ein entgegenstehender Ausführungsbeschluss bestehe. Mit der Ablehnung dieses Haushalts werde Bruchköbel in einen Dornröschenschlaf verfallen. Der Stadtverordnete Wenzel meint, dass nicht abgearbeitete Sachen zum guten Teil noch aus Zeiten der Kooperation zwischen CDU und Grünen stammen und der Lauf der bisherigen Diskussion klar zeige, dass die Ablehnung bzw. Zurückweisung des Haushalts an den Magistrat die beste Lösung sei. Der Bür-

germeister habe augenscheinlich die Bemühungen der Fraktionen nicht Ernst genommen, schicke vielmehr alle anderen vor und kümmere sich nicht um Themen, die ihm nicht zusagen. Der Bürgermeister als Finanzdezernent müsse Vorschläge erarbeiten und einbringen, er lasse alles, was unangenehm sein könnte, liegen. Auch in anderen Kommunen würden Haushalte an die Verwaltung zur Neuerarbeitung zurückgegeben. Der Bürgermeister dürfe sich aber nicht wundern, wenn die Fraktionen sich mit der Art und Weise der Aufstellung des Haushalts und seinen Inhalten nicht identifizieren, sondern vielmehr diesen an die Verwaltung zur Neuerarbeitung zurückgeben. Der Bürgermeister bekundet, dass bislang offensichtlich noch nicht zur Kenntnis genommen wurde, dass z.B. die Stelle „Kosten-/Leistungsrechnung" bislang nicht besetzt worden sei. Auch sei zumindest den Fraktionen von CDU und GRÜNEN das sog. Schüllermann-Papier mit der „Liste der Grausamkeiten" bekannt. Die Stadtverordnete Bürgstein bekundet, das Schüllermann-Papier sei insofern ungenügend gewesen, als es zwar Grausamkeiten aber keine Wertigkeiten enthalten habe, es müssten aber konkrete Vorschläge zur Reihenfolge vorgelegt werden.

Abstimmung zu DS 203/2014: bei 19 Nein-Stimmen (SPD; BBB; GRÜNE, FDP) und 12 Enthaltungen (CDU) abgelehnt

Abstimmung zu DS 228/2014: bei 19 Nein-Stimmen (SPD; BBB; GRÜNE, FDP) und 12 Enthaltungen (CDU) abgelehnt

Der Stadtverordnetenvorsteher bittet das Präsidium nach der Sitzung im Magistratszimmer zusammen zu kommen.

10	226/2014	Benutzungssatzung für die Kindertagesstätten und Kinderhorte der Stadt Bruchköbel
11	227/2014	Gebührensatzung zur Satzung über die Kindertagesstätten und Kinderhorte der Stadt Bruchköbel

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft beide TOPe gemeinsam auf und trägt die Übereinkunft der Fraktionen vor:
„1. Beide Satzungen werden in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Kultur und Soziales verwiesen.
2. Zur Ausschusssitzung wird der Gesamtelternbeirat eingeladen und ein Vertreter oder Vertreterin des selben erhält im Ausschuss Rederecht.
3. Mit der Einladung werden zu beiden Satzungsentwürfen Synopsen (betreffend Änderungen zu den derzeit gültigen Satzungstexten), zur Gebührensatzungen die zugrundeliegenden Berechnungen und zur Benutzungssatzung eine konkrete Erläuterung, welche geänderten Bestimmungen eingearbeitet wurden, versendet. Diese Unterlagen erhält auch der Gesamtelternbeirat vorab.
4. Schriftliche Eingaben des Gesamtelternbeirats oder von betroffenen Eltern, die eingegangen sind oder eingehen werden, erhalten die Fraktionsvorsitzenden unverzüglich zur Kenntnis."

Der Stadtverordnetenvorsteher macht sich den Verweisungsantrag mit den Arbeitsanweisungen zu eigen.

Abstimmung: einstimmig in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Kultur und Soziales verwiesen mit der Maßgabe der Abarbeitung der Ziffern 2 – 3

12	223/2014	Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe im Haushaltsjahr 2014 für die Entwicklung, Planungs- und Projektleitungskosten zur Innenstadtentwicklung

Der Bürgermeister spricht im Sinne der Vorlage. Der Stadtverordnete Rabold stellt den Antrag auf Verweisung der Sache in den Haupt- und Finanzausschuss und spricht in diesem Sinne. Er sieht

Beratungsbedarf z.B. für die Frage, ob es sich tatsächlich um eine außer- bzw. überplanmäßige Ausgabe handele oder ob nicht Deckungsfähigkeit gegeben sei.

Abstimmung zum Verweisungsantrag in den Haupt- und Finanzausschuss: bei 12 Ja-Stimmen (SPD, BBB) und 19 Nein-Stimmen (CDU, GRÜNE, FDP) abgelehnt

Der Stadtverordnete Linek spricht im Sinne der Vorlage.

Abstimmung: bei 19 Ja-Stimmen (CDU, GRÜNE, FDP) und 12 Enthaltungen (SPD, BBB) beschlossen

Beschluss:
Der Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe im Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 20.000,00 € bei dem Produktkonto 15571000.61200000 (Entwicklung, Planungs- und Projektleitungskosten zur Innenstadtentwicklung) wird gemäß § 100 Abs. 1 HGO zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben bei dem Produktkonto 01111080.77100000 Bankzinsen (Durchführung von Kassenangelegenheiten) in gleicher Höhe.

13	170/2014	Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2013 der Sozialen Dienste der Stadt Bruchköbel

Der Stadtverordnete Schafranka dankt dem Eigenbetrieb und insbesondere der Betriebsleitung für ihre Bemühungen. Die vorgeschlagene Überschussverwendung sei eine optimale Lösung. Ebenso äußert sich der Stadtverordnete Rabold.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:
1.) Der Jahresabschluss 2013 der Sozialen Dienste der Stadt Bruchköbel wird mit einem Überschuss von 96.485,33 Euro festgestellt und angenommen.

2.) 48.242,66 Euro der erwirtschafteten nicht für Satzungszwecke gebundenen Überschüsse des Eigenbetriebes Soziale Dienst werden zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke wie folgt weitergeleitet:

- 24.121,33 Euro für den gemeinnützigen Verein Orkalanda. Die Betreuungseinrichtung für Kinder befindet sich an der Haingartenschule.

- 24.121,33 Euro für den gemeinnützigen Verein Buntstifte (Förderverein betreuende Grundschule Roßdorf e.V.)

48.242,67 Euro werden den Rücklagen der Sozialen Dienste der Stadt Bruchköbel zugeführt.

14	171/2014	Vergabe der Jahresprüfung 2014 für die Sozialen Dienste der Stadt Bruchköbel

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:
Mit der Jahresprüfung des Jahres 2014 der Sozialen Dienste der Stadtverwaltung Bruchköbel wird die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft RGT Treuhand, Revisionsgesellschaft mbH in Friedberg, beauftragt.

15	173/2014	Wirtschaftsplan 2015 der Sozialen Dienste

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:
Der Wirtschaftsplan 2015 des Eigenbetriebes Soziale Dienste der Stadt Bruchköbel – siehe Anlage – wird beschlossen.

16	241/2014	Interfraktioneller Antrag: Bauleitplanung für Butterstadt 1 Bebauungsplan „Stößt auf die kurze Gewann“ – Aufstellungsbeschluss und frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung

Der Stadtverordnetenvorsteher weist darauf hin, dass der Antrag mit den Änderungen aus dem Ausschuss für Bau, Umwelt und Verkehr abzustimmen sei: Zum einen sollen die Plankarten der Magistratsvorlagen mit aktuellen Flurstückbezeichnungen Verwendung finden, zum anderen sei die Bezeichnung „Gemarkung Bruchköbel“ durch Gemarkung „Butterstadt“ zu ersetzen. In Ziffer 2 der Begründung bezüglich FlSt. 115/3 sei das Wort „teilweise“ zu streichen, da das vollständige Flurstück betroffen sei.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:
1. Für den rund 9,25 ha umfassenden Bereich in der nordöstlichen Gemarkungslage von Bruchköbel, Ortsteil Butterstadt wird ein vorhabenbezogener Bebauungsplan aufgestellt (§ 2 Abs. 1 BauGB). Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung "Stößt auf die kurze Gewann". Er dient der verbindlichen Bauleitplanung für ein Sondergebiet Garten- und Landschaftsbau gemäß § 11 Baunutzungsverordnung. Der Aufstellungsbeschluss vom 03.07.2007 wird aufgehoben.

2. Der Geltungsbereich entspricht der anliegenden Plankarte für die Gemarkung von Butterstadt für die Flurstücke gemäß Ziffer 2. der Begründung.

3. Der Aufstellungsbeschluss und der Aufhebungsbeschluss sind ortsüblich bekannt zu machen.

4. Es ist eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB insbesondere durch eine öffentliche Informationsveranstaltung im Stadtteil Butterstadt durchzuführen sowie eine frühzeitige Beteiligung der Behörden gemäß Paragraph § 4 Abs. 1 BauGB. Der hierfür erforderliche Bebauungsplanentwurf soll in Zusammenarbeit mit dem Vorhabenträger binnen drei Monaten erstellt werden.

5. die Entwürfe zu Vorhaben- und Erschließungsplan sowie Durchführungsvertrag gem. § 12 BauGB sollen ebenfalls möglichst kurzfristig erstellt und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

6. die Bebauungsplanverfahren "Stößt an die kurze Gewann" und "Ortskern Butterstadt" sind parallel durchzuführen.

17	242/2014	Interfraktioneller Antrag: Bauleitplanung für Butterstadt 2 Bebauungsplan „Ortskern Butterstadt“ – Aufstellungsbeschluss für frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung

Der Stadtverordnetenvorsteher weist darauf hin, dass der Antrag mit den Änderungen aus dem Ausschuss für Bau, Umwelt und Verkehr abzustimmen sei: Zum einen sollen die Plankarten der Magistratsvorlagen mit aktuellen Flurstückbezeichnungen Verwendung finden, zum anderen soll

„Vorhabenträger“ ergänzt werden durch „oder den über städtebauliche Verträge zu Beteiligenden“.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:
1. Für den Ortskern von Butterstadt wird ein Bebauungsplan aufgestellt (§ 2 Abs. 1 BauGB). Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung "Ortskern Butterstadt". Er dient der verbindlichen Bauleitplanung zur Bestandssicherung des vorhandenen Dorfgebiets, der Umwandlung des Betriebsgeländes Odenwäller in Wohnbebauung sowie einer abrundenden Neuentwicklung von Wohnbebauung. Der Aufstellungsbeschluss vom 27.06.1995 wird aufgehoben.

2. Der Geltungsbereich entspricht der anliegenden Plankarte.

3. Der Aufstellungsbeschluss und der Aufhebungsbeschluss sind ortsüblich bekannt zu machen.

4. Es ist eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB insbesondere durch eine öffentliche Informationsveranstaltung im Stadtteil Butterstadt durchzuführen sowie eine frühzeitige Beteiligung der Behörden gemäß Paragraph § 4 Abs. 1 BauGB. Der hierfür erforderliche Bebauungsplanentwurf soll in Zusammenarbeit mit dem oder den über städtebauliche Verträge zu Beteiligenden binnen drei Monaten erstellt werden.

5. Es sind gegebenenfalls für Teilbereiche Entwürfe zu Vorhaben- und Erschließungsplanung sowie ein Durchführungsvertrag gem. § 12. BauGB im Übrigen ein städtebaulicher Vertrag gem. § 11 BauGB, möglichst kurzfristig zu erstellen und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

6. Die Bebauungsplanverfahren "Stößt an die kurze Gewann" und "Ortskern Butterstadt" sind parallel durchzuführen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Stadtverordnetenvorsteher die Sitzung um 22:14 Uhr.

(Thomas Demuth)
Stadtverordnetenvorsteher

(Dr. Achim Wächtler)
Schriftführer